



Schweiz. Konsum-Verein

Organ des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V.S.K.) Basel

Redaktion: Dr. Hans E. Mühlemann

Verantwortlich für Druck und Herausgabe: Verband schweiz. Konsumvereine (V.S.K.) Basel

Erscheint wöchentlich - Basel, den 12. August 1950 - 50. Jahrgang - Nr. 32

Zurück zu den Quellen

V.

Schon vier Mal haben wir um die Aufmerksamkeit unserer Leser gebeten und tun es heute wieder in der Ueberzeugung, dass eine grundsätzliche Behandlung und Betrachtung genossenschaftlicher Fragen sich heute mehr denn je aufdrängt.

Gewiss haben wir in den letzten beiden Artikeln hingewiesen auf die beiden vielleicht wichtigsten Grundsätze unserer Bewegung, auf die demokratische Verwaltung und auf die Rückvergütung. Es scheint uns aber, selbst auf die Gefahr hin, hier bereits Gesagtes zu wiederholen, notwendig, noch einmal von der Gegenwart und ihren Anforderungen aus auf diese beiden Grundsätze einzutreten.

Wie stellt sich die Gegenwart zu den beiden Forderungen? Vorweg dürfen wir feststellen, dass die Vergangenheit bis in die jüngste Gegenwart hinein auf wirtschaftlichem Gebiet ausgezeichnet war durch das Ringen um die Demokratisierung der Wirtschaft und um das Ziel, den Menschen — statt des Geldes, des Profites — wiederum in den Mittelpunkt der Wirtschaft zu stellen. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, gewinnen Grundsätze, die nun schon ein Jahrhundert überdauert haben, erst recht ihre eigentliche Bedeutung, zeigt sich doch an dem heutigen Ringen recht deutlich, dass das, worum heute die Auseinandersetzung geht, von den Pionieren von Rochdale sozusagen «vorgedacht» worden ist.

Sie dachten in einer Zeit bereits, da der Kapitalismus noch kaum seine «Flügel voll entfaltet» hatte, schon daran, ihn zu überwinden oder doch ihn mit wesentlichen sozialen Forderungen zu durchsetzen.

Sie strebten in einer Zeit, da noch in vielen Ländern nicht einmal die politische Gleichberechtigung selbstverständlich geworden war, danach, den Gedanken der Demokratie auf die Wirtschaft zu übertragen.

Sie waren es, die mit seherischer Kraft mindestens in der Idee ein Zeitalter zu gestalten begannen, das gekennzeichnet sein sollte durch die eigentliche «Vermenschlichung» der Wirtschaft. Das alles sind Forderungen, an denen, wie gesagt, wir alle heute noch ar-

beiten, ohne indessen, geben wir es offen zu — allzuviel erreicht zu haben.

Gewiss, innerhalb unserer Bewegung sind die beiden Grundsätze anerkannt und sie werden, was wichtiger ist, auch angewandt, obwohl es Verhältnisse und Fälle geben mag, die ihnen zu widersprechen scheinen. Aber — und hier liegt die gewaltige Schwierigkeit und hier liegt auch die Aufgabe für uns alle — ist es uns gelungen, bei unseren Mitgliedern das Bewusstsein ihrer *Teilhabschaft*, ihrer demokratischen Rechte und Pflichten wirklich zu wecken? Ist es uns gelungen, unsere Mitglieder davon zu überzeugen, dass wir alle arbeiten an einer Neugestaltung der Wirtschaft und ein Stück davon innerhalb unserer Genossenschaften vorwegnehmen? Wir möchten die Frage nicht zu beantworten suchen; sie sei nur gestellt, damit man da und dort zu überlegen beginne, wo man glaubt, die Frage verneinen zu müssen, nach Mitteln und Wege zu suchen, diese Gedanken und Ueberzeugungen in die Mitgliedschaft hinauszutragen.

Selbstverständlich, die Konsumgenossenschaft hat vor allem *Leistungen* zugunsten ihrer Mitglieder zu übernehmen. Wenn es aber bei den Leistungen allein bleiben sollte, dann will uns doch scheinen, das sei nicht genug. An die Seite der Leistungen muss vielmehr auch das Bewusstsein und die Ueberzeugung treten, sich gegenüber allen andern Unternehmungen durch gewisse Grundsätze auszuzeichnen, und ein in die Zukunft weisendes Programm muss den Weg markieren, den wir zu beschreiten haben. Wäre das einmal nicht mehr der Fall, so könnten wir uns gar wohl vorstellen, dass die Genossenschaftsbewegung, die dann allerdings diesen Namen nicht mehr verdiente, ohne Schwierigkeiten ersetzt werden könnte durch andere, ebenso leistungsfähige Unternehmungsformen. Dass es diese leistungsfähigen Konkurrenten gibt, wer wollte das bezweifeln? So bleibt uns als einziges «Plus» gegenüber allen unsern wirtschaftlichen Gegnern die Idee, die es zu pflegen gilt. Und innerhalb der von uns anerkannten Grundsätze spielen die wichtigste Rolle: demokratische Verwaltung und Rückvergütung!

M.

Direktor Johann Heuberger †

Aus St. Gallen kommt die Nachricht vom unerwartet plötzlichen Hinschied Johann Heuberger, Direktor der Revisionsabteilung des Verbandes schweizerischer Darlehenskassen, System Raiffeisen. Direktor Heuberger hatte sich im Kantonsspital St. Gallen einer Bruchoperation unterzogen, und einige Tage später, am 30. Juli, machte eine Embolie seinem zukunftsfrohen Leben ein jähes Ende. Mit dem Verstorbenen ist eine markante Persönlichkeit aus dem schweizerischen Genossenschaftsleben ins Grab gesunken. — Im Jahre 1917 trat Johann Heuberger als Sekretär in den Dienst des 15 Jahre zuvor gegründeten Verbandes schweizerischer Darlehenskassen. Bei seinem Eintritt zählte die Organisation 200 Genossenschaften mit 14 000 Mitgliedern und 38 Millionen Franken Bilanzsumme. In dieser jungen Genossenschaftsbewegung bot sich ein der temperamentvollen Kämpfernatur Heuberger's zusagendes, arbeitsreiches Tätigkeitsfeld. Selbst ganz durchdrungen von der hohen Bedeutung der Genossenschaft für das wirtschaftliche, soziale und staatliche Leben unseres Volkes und erfüllt von den durch Raiffeisen ins Geld- und Kreditwesen übertragenen Genossenschaftsideen hat Direktor Heuberger in rastloser Arbeit die durch die Raiffeisenkassen auf dem Boden der genossenschaftlichen Selbsthilfe gebotene vorteilhafte Lösung des ländlichen Spar- und Kreditproblems in alle Täler und Dörfer unseres Landes propagiert und aus der schweizerischen Raiffeisenbewegung eine vorab für das Landvolk bedeutungsvolle Genossenschaftsorganisation geschaffen. Sie umfasst heute 910 auf alle Kantone verstreute Lokalkassen mit 92 000 Genossenschaftlern, 330 000 Spareinlegern und 920 Millionen Franken Bilanzsumme. An dieser Entwicklung und der heutigen Stärke dieser Genossenschaftsbewegung kommt der Leitung Direktor Heuberger's ein wesentliches Verdienst zu.

Direktor Heuberger war Genossenschafter in seinem ganzen Denken und Handeln. Das Hauptgewicht seiner Tätigkeit legte er darauf, durch persönliche Fühlungnahme mit seinen Mitarbeitern bei den örtlichen Genossenschaften draussen die Grundlage einer vertrauensvollen lebendigen Zusammenarbeit zu schaffen. Bei jeder neugegründeten Kasse machte er selbst die erste Revision. Diese persönliche Kontaktnahme mit den einzelnen Kassaorganen verschaffte ihm eine seltene Kenntnis der Kräfte und Fähigkeiten unseres Landvolkes, von denen er stets mit Ehrfurcht und Hochachtung sprach. «Wertvoll und reich sind die Kräfte, die in unserem Landvolke schlummern und nur darauf warten, geweckt und gefördert zu werden.» Direktor Heuberger hat sie durch seine begeisternden Worte an lokalen und kantonalen Jahresversammlungen, insbesondere aber an den grossen schweizerischen Verbandstagen geweckt und gefördert und im schweizerischen Raiffeisenwerk zu prächtiger

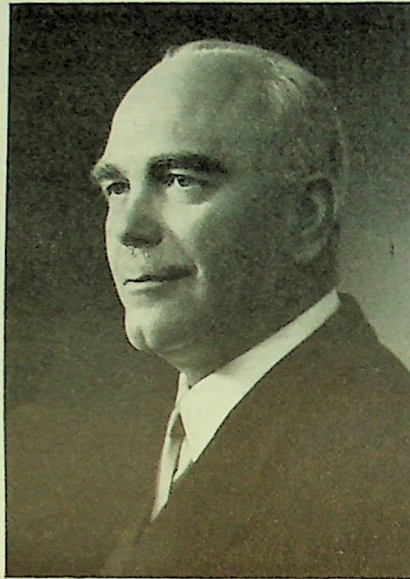
Entfaltung gebracht. Die Genossenschaftsidee hat neben den Produktions-, Absatz- und den Konsumgenossenschaften in der starken Entwicklung der Raiffeisenbewegung dem Wirtschaftsleben unseres Volkes auf dem Spar- und Kreditsektor eine wertvolle Ergänzung gegeben.

Die Genossenschaft ist das bewährte Selbsthilfsmittel der Kleinen und Schwachen in unserem Volke. Möglichst viele freie und selbständige Existenzen auch unter dem kleinbäuerlichen, kleingewerblichen und Arbeitervolke zu schaffen, erachtete Direktor Heuberger als die wichtigste Aufgabe der Genossenschaft. Andererseits war ihm auch die genossenschaftliche Selbsthilfe der geeignetste Weg, diese Aufgabe zu übernehmen und zu erfüllen; denn «nur individuelle und kollektive Selbsthilfe vermögen Fortschritt und Durchhalten, dauerndes Glückes zu verbürgen und insbesondere dem kleinen Mann einen Platz an der Sonne zu erringen». In selbstloser Hingabe und mit unerschrockenem Mut hat Direktor Heuberger für die Verbreitung des genossenschaftlichen Gedankengutes gearbeitet und in zahlreichen Kommissionen, Vorberatung von Gesetzesentwürfen die Interessen der Genossenschaft und damit den Schutz des kleinen Mannes verteidigt. So hat er nicht nur der schweizerischen Raiffeisenbewegung, sondern der schweizerischen Genossenschaftsbewegung ganz allgemein wertvolle Dienste

geleistet. An seiner Bahre standen denn auch die Vertreter zahlreicher Genossenschaftsverbände, um von ihrem, um das Wohl unseres Landvolkes so besorgt tätigen Mitarbeiter Abschied zu nehmen. Direktor Heuberger kannte ja keine Grenzen des beruflichen Arbeitsfeldes, sondern war überall und stets gerne bereit, wo es galt, zum Wohl der Mitmenschen, insbesondere der Kleinen und Schwachen etwas zu erreichen.

Ganz in der Richtung seiner zielbewussten Tätigkeit lag die Gründung der verbandseigenen Bürgschafts-Genossenschaft im Jahre 1942, um die Härten des neuen Bürgschaftsrechtes, insbesondere für die Kreditfähigkeit des Landvolkes zu mildern. Und im Jahre 1944 wurde beim Verbandsrat auf seine Veranlassung eine Familienausgleichskasse geschaffen. Seit 1937 war Direktor Heuberger Mitglied des Bankrates der Schweizerischen Nationalbank und wurde im Jahre 1947 auch in den Verwaltungsrat des AHV-Fonds berufen. Ueber die schweizerische Raiffeisen-Organisation und die schweizerische Genossenschaftsbewegung hinaus genoss Direktor Heuberger hohes Ansehen, auch in ausländischen Genossenschaftsverbänden, was insbesondere ausländische Raiffeisenverbände veranlasste, ihn zu ihren Veranstaltungen als Referenten beizuziehen.

In Direktor Heuberger ist eine hervorragende Persönlichkeit von uns gegangen, die sich mit viel Fleiss und zäher Energie aus einfachen Verhältnissen selbst heraufgearbeitet und im Dienst am Volkswohl Grosses geleistet hat.



60 Jahre V.S.K.

III.

von 1907—1914

3.

Wenden wir uns den in die gleiche Zeit fallenden bemerkenswerten Neuschöpfungen des Verbandes zu. Bereits 1907 war das Lagerhaus in Pratteln beendet worden, und man fasste auch schon die Eigenproduktion ins Auge. Anlässlich einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung von 1910 in Basel (107 Verbandsvereine, 185 Delegierte) wurde der Kauf der Liegenschaft Bernoulli in Basel beschlossen, um diese in ein Lagerhaus umzuwandeln und darin auch eine neue Abteilung für Baufragen als Vorläufer des spätern Architekturbüros unterzubringen. Ins Jahr 1911 fielen die Schaffung eines internen Revisorats, der Umbau des Sitzes an der Thiersteinallee 14, die Beendigung des Lagerhauses 4 in Basel und die Schaffung der Bankabteilung. Im selben Jahre beschloss die Delegiertenversammlung in Frauenfeld (154 Verbandsvereine, 374 Delegierte) gleichzeitig mit der Annahme von Resolutionen betreffend die Lebenskosten, den Kampf gegen den Zolltarif, den Kampf gegen das Zugabewesen, die Teilnahme an der Landesausstellung von 1914, während sie gleichzeitig auch das Scheitern des Vertrages mit den Gewerkschaften feststellte, grundsätzlich die Anhandnahme der Eigenproduktion von Schuhen, um der Haltung der Schuhfabrikanten und Schuhhändler, die, nachdem sie zunächst sämtliche Konsumgenossenschaften boykottiert hatten, diesen Boykott nun einzig und allein gegen den V. S. K. richteten, begegnen zu können. Die Schuhhändler und Schuhfabrikanten taten im übrigen damit nur das gleiche, das auch schon die Müller in bezug auf die Mehllieferungen getan hatten und während des ganzen Jahres wurden in bezug auf diese beiden Artikel Polemiken geführt. Im folgenden Jahr 1912 bestimmte die Delegiertenversammlung von Interlaken (183 Verbandsvereine, 436 Delegierte) Basel zum Sitz der Schuhfabrik, die ihre Tätigkeit 1913 aufnehmen konnte.

Wir wollen hier nicht allzusehr auf die Geschichte der Schaffung der Schuh-Coop, die schon verschiedentlich in diesen Spalten behandelt worden ist, eintreten und beschränken uns deshalb darauf, den folgenden Auszug

aus dem Artikel von O. Zellweger im Genossenschaftlichen Jahrbuch 1950 wiederzugeben:

Wohl wurde die Vermittlung von Schuhwaren in einer immer grösseren Zahl von Konsumvereinen an die Hand genommen. Es gelang immer Schuhe zu beschaffen, sei es aus dem Auslande, sei es aus zweiter Hand von inländischen Fabriken. Dagegen waren damals die Vereine zur Anhandnahme der genossenschaftlichen Produktion noch zu schwach; auch waren noch dringendere Aufgaben zu lösen.

Es erschien jedoch den Verbands- und Vereinsbehörden als ein Widersinn, angesichts der grossen einheimischen Produktion, die zudem damals unter einer Absatzkrise litt, Ware aus dem Auslande zu importieren. Deshalb wurden wiederholt durch schriftliche Eingaben und Besprechungen Versuche gemacht, einen Widerruf des Boykotts zu erlangen. Jedoch umsonst. Wenn die Fabrikanten auch willens gewesen wären, den Gesuchen zu entsprechen, so wurden sie durch Drohungen der Privathändler wieder eingeschüchtert. Eine erneute Ablehnung des Schuhindustriellenverbandes im Oktober 1906 hatte zur Folge, dass eine grössere Anzahl Vereine den V. S. K. im Herbst 1906 aufforderte selbst die Vermittlung von Schuhwaren an die Hand zu nehmen: vorher aber wurden nochmals Verhandlungen mit dem Schuhindustriellenverband aufgenommen und das Gesuch gestellt, es solle den Mitgliedern des Schuhindustriellenverbandes freigestellt werden, mit dem V. S. K. in Geschäftsverkehr zu treten.

Auch diesmal wurde das Gesuch abgelehnt; zugleich aber beschloss der Schuhindustriellenverband, den Verkauf von Schuhwaren an die einzelnen Konsumgenossenschaften freizugehen. Dieser Beschluss bedeutete nichts anderes als einen Boykott des V. S. K. als Zentraleinkaufsstelle, der es unmöglich gemacht werden sollte, die Schuhwarenvermittlung selbst durchzuführen.

Die Rechnung der Schuhindustriellen war jedoch falsch. Die Reaktion beim V. S. K. war die Errichtung einer eigenen Abteilung für Schuhwarenvermittlung im Jahre 1908, der es möglich war, den Bedarf ihrer Mitglieder teils durch Bezüge im Inland, teils durch Importe namentlich aus Holland zu befriedigen. Der Umsatz vom Jahre 1908 im Wertbetrag von 629 800 Franken steigerte sich bis 1911 auf 1 374 800 Franken. Die meisten Vereine, welche Schuhwaren vermittelten, hielten treu zum Verband, dem es in der Folge gelang, eine stets reichere Auswahl sämtlicher Schuhwaren zu beschaffen.

Immerhin drängte das Problem der Schuhwarenvermittlung nach einer definitiven, umfassenden Lösung, die 1912 erfolgen sollte. Obwohl der V. S. K., ungeachtet des Boykotts, die Schuhwarenvermittlung mit Erfolg unternommen hatte und eine Weiterentwicklung sichergestellt war, beschlossen die Verbandsbehörden im Frühjahr 1911 noch einen letzten Versuch, den Boykott

seitens des Schuhindustriellenverbandes aufzuheben, und zwar hauptsächlich im Interesse der einheimischen Produktion. Das von den Vorständen von über 300 Verbandsvereinen mitunterzeichnete Gesuch wurde von den Schuhindustriellen im Mai 1911 wiederum abgelehnt. Die Folge war eine spontane Kundgebung an der Delegiertenversammlung des V.S.K. von 1911 in Frauenfeld für die Errichtung einer eigenen Schuhfabrik. Die Vorstudien wurden ohne Verzug an die Hand genommen und die Angelegenheit in mehreren Kreiskonferenzen behandelt. Als Ende Dezember 1911 der Schuhindustriellenverband, wohl zum Teil infolge Zwistigkeiten über die Ablehnung des Gesuches des V.S.K., zusammenbrach und der V.S.K. freie Hand erhielt, erachtete er es gleichwohl als seine Pflicht, die genossenschaftliche Produktion auf diesem Gebiete an die Hand zu nehmen, nachdem die Studien die Durchführbarkeit des Unternehmens ergeben hatten. Er konnte dies um so leichter tun, als die seit 1908 bestehende Schuhwarenvermittlung eine sichere Absatzbasis für den V.S.K. vorbereitet hatte.

Am 31. März 1912 erliess der Aufsichtsrat und die Verwaltungskommission des V.S.K. einen Bericht an die Delegiertenversammlung von 1912 in Interlaken betreffend die Gewährung eines Baukredits von 300 000 Franken zur Errichtung einer Schuhfabrik. Die genossenschaftliche Schuhfabrik sollte sich wenigstens selbst erhalten, auch wenn unter Umständen bessere Arbeitsbedingungen als diejenigen der Konkurrenz gewährt werden sollten. Die Erfahrungen der englischen genossenschaftlichen Schuhfabriken und die Aufmunterung, die dem



Büro der Verwalter, 1907. Im Hintergrund Bernhard Jaeggi

V.S.K. von den Leitern der englischen und französischen Schuhfabriken zuteil wurden, liessen eine erfolgreiche Durchführung erhoffen.

Entgegen der Auffassung der Delegiertenversammlung 1899, dass zum Zwecke der Schuhfabrikation eine besondere Genossenschaft gebildet werden soll, wurde auf Antrag der Verbandsbehörden von der Delegiertenversammlung 1912 beschlossen, die Schuhfabrikation vom V.S.K. selbst betreiben zu lassen, ein Beschluss, der dann allerdings 14 Jahre später wieder revidiert werden sollte.

Der Bericht an die Delegiertenversammlung bot erschöpfende Auskunft über den Umfang der Fabrik, die Platzfrage, den Kapitalbedarf, die Rentabilität, den Energiebedarf, die Personalbeschäftigung und die Bauausführung. Die Interlakener Delegiertenversammlung stimmte einhellig dem verlangten Baukredit für eine Schuhfabrik zu. Eine Meinungsverschiedenheit ergab sich lediglich bezüglich der Platzfrage, wo neben Basel Olten als günstig gelegener Ort für die Schuhfabrikation in Vorschlag gebracht wurde. Mit grosser Mehrheit wurde jedoch Basel vorgezogen.

Da alle Vorbereitungen zur Anhandnahme des Baues der Schuhfabrik schon vor der Delegiertenversammlung getroffen waren, konnte sofort mit den Arbeiten begonnen werden. Im Mai 1913 waren die Arbeiten so weit fortgeschritten, dass mit

der inneren Installation begonnen werden konnte. Im Juni wurden die Maschinen sowie die Elektromotoren aufgestellt, nämlich 110 Maschinen und 12 Motoren mit einer Betriebskraft von zusammen 70 HP. Ab 21. Juli wurde die Fabrik etappenweise in Betrieb genommen und stand am 1. Oktober des gleichen Jahres in voller Tätigkeit. Ende 1913 waren 119 Arbeiter, technische und kaufmännische Beamte beschäftigt. Für den Anfang wurden rund 70 Artikel hergestellt. Die Baurechnung ergab einen Gesamtaufwand von 623 826 Franken wovon 315 122 Franken auf den Bau und 308 704 Franken auf die inneren Einrichtungen (Maschinen, Mobilien usw.) entfielen.

Der Umsatz der Schuh-Coop belief sich im ersten Tätigkeitsjahr auf 145 000 Franken.

Im selben Jahr 1913, am 22. September, rief der V.S.K. die Mühlengenossenschaft Schweiz, Konsumverein eines ins Leben, um dadurch dem Boykott der Müller entgegenzutreten zu können. Die Mühlengenossenschaft erwarb nach langen Verhandlungen die Stadtmühle Zürich. Darüber lesen wir im Jahresbericht von 1912, was folgt:

Während wir seit mehreren Jahren über die Ausführung dieses seit 1904 anhängigen Auftrages nichts zu berichten hatten, sind wir heute in der erfreulichen Lage, festzustellen, dass im Jahre 1912 die Mühlenfrage in einer Art und Weise gelöst wurde, die auch die kühnsten Erwartungen früherer Jahre übertrifft, indem das Berichtsjahr die organisierten schweizerischen Konsumenten in den Besitz der grössten Mühle der Schweiz brachte.

Trotz dem Beschlusse der Delegiertenversammlung des Jahres 1904 wäre noch für eine Reihe von Jahren die Eigenproduktion auf diesem Gebiete nicht an die Hand genommen worden, indem uns die allgemeine Situation auf dem schweizerischen Mehlmarkt die Befriedigung des Bedarfes unserer Verbandsvereine trotz gelegentlichen Boykottes gegen eine Anzahl kleinerer Verbandsvereine — offiziell war auch unser Verband boykottiert — zu annehmbaren Bedingungen ermöglichte, wenn nicht der Uebermut der Zürcher Bäckermeister eine Aenderung der Sachlage herbeigeführt hätte. Die Zürcher Bäcker fühlten sich durch die billigen Brotpreise des Lebensmittelvereins Zürich in ihrem Gewinn verkürzt und verlangten deshalb, gestützt auf die Vorschriften des Kontrollbuchvertrages, von sämtlichen Müllern, die diesen Vertrag eingegangen waren — es waren dies mit verschwindenden Ausnahmen sämtliche schweizerische und auch eine Anzahl süddeutscher Grossmüller —, dass dem Lebensmittelverein Zürich kein Mehl geliefert werde. Zwar vermochte dieser Beschluss die Mehllieferung an unseren Zürcher Verbandsverein nicht zu verunmöglichen; die Lieferungen erfolgten nun einfach mit gewisser Verschiebung der Lieferanten durch den V.S.K., trotz den Boykottposten, die die Zürcher Bäcker vor den Betrieben des Lebensmittelvereins Zürich aufstellten; aber nachdem kurz vorher unsere Delegierten mit grosser Begeisterung für die Eigenproduktion eingetreten und ihre Abneigung gegen den nur auf Umwegen zu erreichenden Warenbezug bekundet hatten, schien die Grundlage für Anhandnahme der Eigenproduktion auch auf diesem Gebiete gegeben und es brauchte nur eines äusseren Anstosses, um auch hier zur Tat überzugehen. Und dieser äussere Anstoss kam, indem uns bekannt wurde, dass der Hauptbeteiligte bei den Zürcher Mühlenwerken, Herr Eugen Maggi, bereit sei, die Stadtmühle Zürich zu veräussern.

Unter anderen Umständen hätte man vielleicht auch hier, wie bei vielen anderen Fabrikationsbetrieben, die uns das Jahr hindurch jeweils zum Kauf angeboten oder auf die wir aufmerksam gemacht werden, beschlossen, zurzeit auf die Angelegenheit nicht einzutreten. Bei der gegebenen Sachlage jedoch schien uns nun das Angebot einer näheren Prüfung wert.

Die erste Aufgabe war nun, das Terrain bei den Vertrauenspersonen derjenigen Verbandsvereine, die uns für die Bezüge ab dieser Mühle in erster Linie als in Betracht fallend schienen, zu sondieren und es wurde zu diesem Zwecke durch Zirkular vom 15. Juli auf den 21. Juli nach Zürich eine Konferenz an-

heraunt, zu der die Aufsichtsratsmitglieder der betreffenden Rayons und die Mitglieder der Kreisvorstände der Kreise V bis VIII eingeladen wurden.

Die Besprechungen an dieser Versammlung, an der naturgemäss das allfällige Kaufobjekt noch nicht genannt werden konnte, ergaben eine erfreuliche Einmütigkeit in der Ansicht, dass die Angelegenheit weiter verfolgt werden solle, und es wurde folgende vom Vorsitzenden dieser Tagung, Herrn Dr. Balsiger, vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen:

1. Die Verwaltungskommission des Verbandes schweiz. Konsumvereine wird eingeladen, die Frage der Errichtung sei es mehrerer kleiner, sei es einer oder zweier grösseren zentral gelegenen Genossenschaftsmühlen in der Ost- oder Zentralschweiz mit Beförderung zu prüfen und mit möglichster Beschleunigung eine den Beschlüssen der Delegiertenversammlung von 1904 zu Liestal entsprechende Vorlage auszuarbeiten und zu verwirklichen.
2. Die Konferenz ermächtigt die Organe des Verbandes schweiz. Konsumvereine, sich bei den Einladungen an die Verbandsvereine zur Angabe ihres Mehlbedarfes und zur Beteiligung an einer oder mehreren genossenschaftlichen Distriktsmühlen auf die heute hier versammelten Kreisvorstände zu berufen und sich hierbei deren Unterschriften neben derjenigen der Verbandsorgane zu bedienen.

Bereits am 25. Juli wurden von der Verwaltungskommission des V. S. K. die durch die Resolution vorgesehenen Fragebogen versandt und die wieder eingehenden Bogen sofort verarbeitet, wobei sich ergab, dass ein genügendes Quantum von Mehl auch für den Betrieb einer grossen Mühle zum Bezüge zugesichert war, nachdem sich in erfreulicher Weise auch Verbandsvereine, deren Wirtschaftsgebiet ursprünglich nicht in den Aktionsradius der Zürcher Stadtmühle einbezogen worden war, speziell der ACV Basel mit seinen grossen Bezügen, zur Mitwirkung bereit erklärt hatten.

Unter diesen Umständen konnte eine weitere Sitzung eines kleineren Kreises von Vertrauenspersonen, denen man auch das in Aussicht genommene Objekt und die Kaufbedingungen anvertrauen konnte, auf den 22. August wiederum nach Zürich einberufen werden. Nachdem in einer vorgängigen Sitzung nun der Schleier des Geheimnisses gelüftet worden war und ein vorgenommener Augenschein sowohl den guten Stand der Mühle dargetan, wie auch deren Preiswürdigkeit wahrscheinlich gemacht hatte, wurde der Beschluss gefasst, vorsorglich zuhanden einer neuzugründenden Genossenschaft den Kaufvertrag über die Stadtmühle Zürich durch zwei Beauftragte, die Herren Jaeggi und Dr. Balsiger, abschliessen zu lassen unter Vorbehalt des Zustandekommens dieser Genossenschaft und der Ratifikation der Kaufverträge durch die zuständigen Organe der letzteren, falls der Kaufpreis ein angemessener sei.

*Blick in das Büro der Redaktoren. 1912
Rechts Ulrich Meyer, der frühere Redaktor des «GV»*



Manufakturwarenlager, 1907

Zugleich wurde ein von der Verwaltungskommission des V. S. K. vorgelegter Statutenentwurf für diesen Zweck entsprechend den 1904 in Liestal aufgestellten Grundsätzen durchberaten.

Nachdem die Aufträge dieser Versammlung ausgeführt und die in Betracht fallenden Verbandsvereine durch ausführlichen Bericht und Protokolle über die bisherigen Vorgänge in dieser Sache unterrichtet worden waren, wurden sie zu einer konstituierenden Sitzung der Mühlen-genossenschaft schweiz. Konsumvereine (MSK) auf Sonntag, den 22. September 1912, nach Zürich einberufen, nachdem ihnen definitiver Statutenentwurf und Anmeldeformular zugestellt worden waren. Ueber Erwarten zahlreich fanden sich die Genossenschafter am anberaumten Tage in Zürich ein, beinahe aus allen Gauen unseres Vaterlandes, weit über das ursprünglich in Aussicht genommene Tätigkeitsgebiet der Mühle hinaus. 135 Personen, wovon 82 stimmberechtigte Delegierte aus 46 Genossenschaften waren anwesend, und mit eigentlicher Begeisterung wurde die Gründung der MSK beschlossen und die vorliegenden Statuten mitsamt dem in diesem Falle unentbehrlichen Bezugswang angenommen.

Nach gemeinsamer Besichtigung des Kaufobjektes waren auch die vielleicht noch zweifelnden Delegierten zum Beitritt umgestimmt und die darauf erfolgende Genehmigung des Kaufvertrages mit den Zürcher Mühlenwerken erfolgte durch einstimmige Zustimmung sämtlicher Delegierten.

Die Kaufverhandlungen wurden dann dank den getroffenen Vorbereitungen so rasch gefördert, dass bereits auf 1. Oktober 1912 die organisierten schweizerischen Konsumenten formell Besitzer der Stadtmühle Zürich waren, während der Betrieb auf deren Rechnung erst auf 1. Januar 1913 übernommen wurde.

So haben auch die Konsumgenossenschafter bewiesen, dass sie, wenn notwendig, rasch und zielbewusst handeln können. In wenig mehr als zwei Monaten vom Beginn der ersten Verhandlungen an gerechnet war die ganze Aktion beendet.

Allerdings harrte dann der neugewählten Behörde der MSK noch eine umfangreiche Tätigkeit, bis der Betrieb auf 1. Januar 1913 übernommen werden konnte, doch ist die Berichterstattung hierüber nicht mehr Sache des Rechenschaftsberichts des V. S. K.

Zu erwähnen haben wir noch, dass der V. S. K. nicht nur mit 100 Anteilscheinen zu Fr. 1000.—, also zirka dem fünften Teil des gesamten Anteilscheinkapitals der MSK, an dieser Genossenschaft beteiligt ist, sondern dass er auch die ganze Finanzierung derselben besorgte, wobei er auch die zweite Hypothek, die vertraglich noch auf fünf Jahre hätte belassen werden müssen, gegen eine bescheidene Vergütung zugunsten der MSK ablöste. Auffallend und für die Wertschätzung, die man in gewissen staatlichen Bankkreisen der genossenschaftlichen Produktion entgegenbringt, kennzeichnend war, dass der MSK als solcher von keinem staatlichen Bankinstitut Kredit gewährt werden wollte, so dass unsere Bankabteilung die Finanzierung ganz allein übernahm und auch glatt durchführte.

Einer wichtigen Aenderung, die die Eröffnung des Betriebes der Stadtmühle Zürich auf konsumgenossenschaftlicher Basis für

den V.S.K. zur Folge hatte, müssen wir hier noch gedenken, trotzdem sie erst für das Jahr 1913 in Wirksamkeit trat, nämlich der Abtretung des gesamten Verkehrs in Mehl und Mahlprodukten seitens des V.S.K. an die MSK. Bei genauerer Prüfung des ab 1. Januar einzuschlagenden Verfahrens ergab sich, dass, falls der V.S.K. die Mehlmittlung neben der MSK für diejenigen Verbandsvereine, die nicht Mitglieder der MSK sind, beibehalten hätte, eine bedauerliche Doppelspurigkeit, die auch Anlass zu Differenzen hätte geben können, eingetreten wäre, da die MSK naturgemäss heute noch nicht alle Mahlprodukte nur ausschliesslich an die Mitglieder absetzen kann und deshalb auch an die anderen Verbandsvereine, wie auch an Aussenseiter hier und da Offerten machen muss. Unter diesen Umständen mussten wir zu einer Lösung gelangen, die diesen Nachteil ausschliesst und beschloss deshalb, vom 1. Januar 1913 ab den sämtlichen Verkehr in Mehl und Mahlprodukten mit unseren Verbandsvereinen der MSK abzutreten.

Soviel wir bis jetzt erfahren haben, hat sich diese Neuerung gut eingeführt und wird nicht zum Schaden unserer Verbandsvereine sein, speziell da die Fakturen wie bisher vom V.S.K. ausgestellt werden und letzterer für seine Tätigkeit eine bescheidene Inkassogebühr erhält. Um jedoch den Ausfall der Verbandsrechnung einigermassen auszugleichen, und auch den Verbandsvereinen, die zurzeit noch nicht Mitglieder der MSK sind, an dem Ergebnis der letzteren einen indirekten Anteil zu verschaffen, müssen wir auf eine an der Gründungsversammlung der MSK erteilte Zusicherung zurückkommen und beantragen unserer Delegiertenversammlung, solche nicht zu genehmigen, sondern zu annullieren.

In den Thesen von Liestal, die den Statuten der MSK zugrunde gelegt werden mussten, fand sich auch folgende Bestimmung (II,5):

«Die andere Hälfte des Ueberschusses der Genossenschaftsmühle fällt dem V.S.K. zu, welcher diese Beträge als Reserve für Produktionszwecke zu verwenden hat.» Bei der Statutenberatung am 22. September 1912 ist seitens der Verwaltungskommission des V.S.K. die Aufnahme dieser Bestimmung in die neuen Statuten als notwendig bezeichnet worden; zugleich wurde aber die Erklärung abgegeben, es solle der Delegiertenversammlung des V.S.K. die Streichung dieser Bestimmung als nicht mehr den heutigen Verhältnissen entsprechend beantragt werden.

Heute dagegen müssen wir den Antrag stellen, auf dieser Bestimmung zu beharren, und wir nehmen an, es werden auch die Organe der MSK mit der veränderten Haltung einverstanden sein, insbesondere auch mit Rücksicht auf die grossen Dienste, die der V.S.K. der MSK bei der ersten Finanzierung geleistet hat. In den ersten Jahren des Betriebes der MSK wird das voraussichtlich irrelevant bleiben, da von der MSK zuerst auf angemessene Abschreibung und Ansammlung von Reserven das Hauptgewicht verlegt werden soll.

So trat der Verband seine Abteilung für die Vermittlung von Mehl und Mahlprodukten an die MSK ab, aber die Delegiertenversammlung entschied sich dahin, dass auch in Zukunft der Verband an den Ueberschüssen dieser Warenvermittlung beteiligt bleiben sollte.

Das Jahr 1912 war somit in besonderem Masse ein Jahr der Verwirklichung. Im selben Jahr feierte der V.S.K. das zwanzigste Jubiläum der Schaffung der Grosseinkaufs-Abteilung. Im Jahresbericht sprach die Verwaltungskommission den Gegnern der Genossenschaften den Dank für die grosse Hilfe aus: den Bäckern, den Müllern und den Schuhfabrikanten! Die neuen Unternehmungen, vor allem die grossen Anfangserfolge der Schuhfabrik und der MSK bildeten den Ausgangspunkt zu neuen Erfolgen: Schon beschäftigte man sich mit der Gründung einer Versicherungsgenossenschaft, entsprechend dem deutschen und österreichischen

Vorbild. Dagegen wurde provisorisch auf die Schaffung eines Genossenschaftsrestaurants in Basel verzichtet.

Auf der andern Seite errichtete der LVZ einen mächtigen Bau, der mit Fresken von Ferdinand Hodler ausgestattet werden sollte. Im selben Zeitpunkt beklagt sich der Jahresbericht des Verbandes darüber, dass in einer Reihe von kleinen Ortschaften die Mitglieder es nur nach Einbruch der Dunkelheit wagen können, in ihrem Laden einzukaufen, wie das Jahrzehnte vorher in Rochdale der Fall gewesen war.

Der Kampf gegen die Gegner sollte seinen Höhepunkt im Zusammenhang mit der Beteiligung des V.S.K. an der Landesausstellung von 1914 erreichen. Kurz nach dem schon 1911 gefassten Beschluss über die Beteiligung an der Ausstellung sah sich der Verband den Intrigen seiner Gegner gegenübergestellt, die, ohne ihn an der Mitarbeit bei der Ausstellung hindern zu können, es verstanden, dem V.S.K. und seinen Verbandsvereinen wenigstens zu verunmöglichen, ihre Produkte in der Ausstellung zu verkaufen. Die Behörden gaben hier, trotzdem der V.S.K. energisch protestierte, nicht nach. Endlich konnte 1913 eine Verständigung erzielt werden in dem Sinne, dass, wenn schon den Verbandsvereinen des V.S.K. es verunmöglicht werden sollte, in den Ausstellungsräumlichkeiten ihre Produkte zu verkaufen, diese wie auch der Verband wenigstens in ihren Ausstellungsständen das Funktionieren ihrer Produktionsanlagen sollten zeigen können.

Auf das Jahr 1913 fällt ebenfalls der Abschluss der Bell-Allianz, welche Vereinbarung im Jahre 1914 in Kraft trat. Diese Vereinbarung führte zu lebhafter Kritik und zu Protesten, die bis in die eigenen Kreise reichten. Man sprach von der «Kapitulation» der Genossenschaft vor dem Kapitalismus und anderem mehr. Diese Kritik richtete sich auch gegen die Verwaltungskommission, die als «zu autoritär» bezeichnet wurde. 1914 wurde aber trotz all diesen Angriffen das Projekt zur Uebernahme der Mehrheit der Aktien der Bell AG. angenommen.

Ins selbe Jahr fiel auch der Beginn des sogenannten «Schokoladekrieges». Die Bell-Allianz und der Schokoladekrieg bildeten die zwei Hauptpunkte der ausserordentlichen Generalversammlung in Basel (184 Verbandsvereine, 388 Delegierte). Die Angriffe der Gegner wurden immer heftiger, und der Verband sah sich von einer Spaltung bedroht, währenddem beispielsweise in Italien sensationelle Artikel erschienen, etwa unter dem Titel «Wie die Schweizer Trusts zerstören».

Andere Schöpfungen fielen ebenfalls in die Zeit unmittelbar vor dem Krieg. Erinnern wir hier nur an die Errichtung eines Brennmateriallagers in Wülflingen im Jahre 1912, an den Kauf der Liegenschaft Thiersteinallee 22 im Jahre 1913, an die Schaffung der Niederlassung Lugano im Jahre 1914 und an den Beschluss der Delegiertenversammlung von Bern (219 Verbandsvereine, 567 Delegierte), eine eigene Volksversicherungsgenossenschaft ins Leben zu rufen, deren Gründung freilich durch den Krieg verzögert und erst 1917 möglich wurde.

Gleichzeitig mit dieser Entwicklung auf materiellem Gebiet förderte das frühere Sekretariat des Verbandes die Genossenschaftspresse und die Propaganda, wobei schon damals (!) ganz besonders den gegnerischen Angriffen in bezug auf eine angebliche steuerliche Begünstigung der Genossenschaften und dem Verbot für Staatsbeamte, in den Genossenschaftsverwaltungen mitzuwirken, entgegengetreten werden musste. Im Jahre 1907 verdoppelte sich die Zahl der Referate. Das Sekretariat veröffentlichte im selben Jahr eine Broschüre über die Pflichten der Mitglieder bei der Gründung einer Genossenschaft, um diesen die notwendigen Schritte, die dabei einzuleiten waren, zu erleichtern. Gleichzeitig wurde ein Wettbewerb durchgeführt über die Frage, auf welche Weise die Genossenschaften sich am besten zu entwickeln vermöchten. Ferner wurde immer und immer wieder darauf hingewirkt, dass die angeschlossenen Genossenschaften mehr und mehr das Barzahlungsprinzip förderten, neue Anteilscheine vergeben und den Verkauf an Nichtmitglieder abschaffen sollten. 1908 stieg tatsächlich die Zahl der Verbandsvereine, die das Barzahlungsprinzip innehielten, von 126 auf 132 und die Zahl derjenigen Genossenschaften, die nur an ihre Mitglieder verkauften, von 44 auf 49. Im selben Jahre empfahl das Sekretariat den Verbandsvereinen, mehr Gewicht auf die genossenschaftliche Idee zu legen, um auf diese Weise eine Art genossenschaftlicher Elite schaffen zu können. Im Jahre darauf wurde ferner der erste Kurs für Verwalter durchgeführt. Die Auflage des «Genossenschaftlichen Volksblattes» stieg von 107 000 auf 119 000 Exemplare, diejenige von «La Coopération» von 11 300 auf 15 000. In diesem Jahre wurde in der Verbandspresse vor allem auch die Frage des Getreidemonopols besprochen.

1909 wurden der «Schweiz. Konsum-Verein» (damals noch zweisprachig veröffentlicht), «La Coopération» und die monatlich zweimal erscheinende «La Cooperazione» zu offiziellen Organen des Verbandes erklärt. Das «Genossenschaftliche Volksblatt» steigerte seine Auflage auf 128 000 und «La Coopération» auf 18 400 Exemplare. Der Verband lenkte die Aufmerksamkeit der Vereine auf Missbräuche, die mit dem Warenbericht vorgekommen waren, der oft in die Hände der Konkurrenz gelangt war. Im gleichen Jahre wurde auch der Taschenkalender geschaffen.

Im folgenden Jahre 1910 sicherte sich die Genossenschaftspresse die Mitarbeit von Dr. Karl Munding. Die Redaktion des «Schweiz. Konsum-Vereins» wurde Ulrich Meyer anvertraut, das «Genossenschaftliche Volksblatt» steigerte seine Auflage auf 138 500 Exemplare und «La Coopération» auf rund 20 000 Exemplare. Vor allem wurde in diesem Jahre die eigene Verbandsdruckerei geschaffen, die mit dem 1. Januar 1911 zu arbeiten begonnen hatte und am 1. April desselben Jahres offiziell eingeweiht worden war. Nachdem die Geschichte der Druckerei anlässlich der Eröffnung des Neubaus im vergangenen Jahre in unserer Presse ausführlich geschildert worden ist, verzichten wir an dieser Stelle auf Ein-



Die erste Setzmaschine der Druckerei im Jahre 1912

zelheiten. Die Druckerei begann sofort den Warenbericht (das heutige «Bulletin») und von 1912 an auch den «Schweiz. Konsum-Verein» zu drucken. Was die Bibliothek betrifft, so zählte sie schon damals 3500 Bände. Auch die Verkäuferinnenausbildung wurde schon in der damaligen Zeit vor allem dank dem Einsatz von E. Hof ausserordentlich gefördert.

1911 erreichte das ausserhalb des V. S. K. gedruckte «Genossenschaftliche Volksblatt» eine Auflage von 140 000 Exemplaren und wurde zur Wochenzeitung, während bis dahin nur die Auflage Basel jede Woche herausgegeben worden war. Gleichzeitig wurde das Format des «Genossenschaftlichen Volksblattes» vergrössert. «La Coopération» erreichte damals eine Auflage von 25 200 Exemplaren, während der Warenbericht — seit 1908 redigiert von W. Grandjean, dem heutigen Verwalter der KG Genf — jede Woche zweimal statt der bisher einmaligen Ausgabe herausgegeben wurde.

1912 erreichte die Auflage des «Genossenschaftlichen Volksblattes» 162 000 Exemplare, aber noch verwendeten nicht alle Genossenschaften die ihnen zur Verfügung stehende vierte Seite. Die Auflage von «La Coopération» stieg auf 30 000 Exemplare. Die Redaktion von «La Cooperazione» wurde damals P. Rusca anvertraut. Die Bibliothek zählte über 4000 Bände und der Vortragsdienst wurde weiterausgebaut.

Von 1913 an übernahm die Druckerei neben dem Warenbericht und dem «Schweiz. Konsum-Verein» auch die Herausgabe von «La Cooperazione». Die Auf-

lage des «Genossenschaftlichen Volksblattes» erreichte 173 000 Exemplare, und es wurde in diesem Jahr eine bessere Benützung der Lokalseiten festgestellt. «La Coopération» erhöhte ihre Auflage auf 33 000, und besonders der «Schweiz. Konsum-Verein», redigiert von diesem Zeitpunkt an von Dr. H. Faucherre, widmete aussergewöhnlich viel Platz den gegnerischen Angriffen.

Dem Jahresbericht ist darüber folgendes zu entnehmen:

Oft erscheinen in der Lokalpresse Angriffe gegen das Genossenschaftswesen. Die sofortige Einsendung solcher Artikel an unsere Redaktion würde die Abwehr oft erleichtern, indem es auf diese Weise möglich würde, entweder sofort im betreffenden Lokalblatt oder in unserer eigenen Presse zu antworten. In der Regel gelangen solche von Uebelwollen diktierten Artikel zu spät zu unserer Kenntnis, um eine rechtzeitige Antwort zu ermöglichen.

Ständig vergrösserte sich die Bibliothek und erreichte einen Bestand von gegen 4500 Bänden. Die «Genossenschaftliche Volksbibliothek» vermehrte sich um zahlreiche Publikationen.

Das Jahr 1914 hatte eine Vergrösserung unserer Presse erfordert, in Anbetracht der Polemiken, die in bezug auf die Bell-Allianz und den Schokoladekrieg im Gange waren. Der Krieg zwang jedoch dazu, im Gegenteil die Seitenzahlen des «Schweiz. Konsum-Vereins» einzuschränken, während M. Mutschler in Frankreich mobilisiert wurde. Als Supplement veröffentlichte der «Schweiz. Konsum-Verein» das Organ der Liga für die Senkung der Lebenshaltungskosten, an der auch der Verband aktiv beteiligt war. Die Auflage des «Genossenschaftlichen Volksblattes» hob sich nur unwesentlich, während «La Coopération» dank der Kollektivübernahme durch Genf von 33 000 auf 56 000 Exemplare stieg. Von da an waren sämtliche Verbandsvereine der Westschweiz auf «La Coopération» abonniert. Als weiteres Organ schuf der Verband damals «Die Samenkörner», die allerdings schon lange wieder eingegangen sind. 1924 erst wurde dann der Druck sämtlicher vom V. S. K. herausgegebenen Presseerzeugnisse in die eigene Druckerei verlegt.

Die Jahresberichte des Verbandes wurden in dieser Zeit immer ausführlicher und verloren gleichzeitig den etwas verwirrenden Charakter, den sie früher gehabt hatten, als die Tätigkeitsgebiete noch nicht klar abgegrenzt waren und verschiedene Stellen zur gleichen Sache berichteten. Die Berichte waren sogar ausführlicher als sie es heute sind, zählten sie doch 65 und oft sogar 70 Seiten. Sie sind angefüllt mit unendlich vielen Details auch über jedes einzelne Presseorgan des V. S. K., jedes vermittelte Produkt, jede durch das Laboratorium geprüfte und erledigte Reklamation usw. Als Beilage enthielten die Jahresberichte damals auch Berichte der VASK und der MSK.

Was den Internationalen Genossenschaftsbund anbetrifft, so stimmte der Kongress von Cremona im Jahre 1907 einer Resolution über den gemeinsamen Gross-einkauf und den internationalen genossenschaftlichen Warenaustausch zu. Der Kongress von 1910 fand in

Hamburg statt und revidierte die Statuten des IGB, dem der V. S. K. einen für diese Zeit als recht hoch betrachteten Jahresbeitrag von 1000 Franken zu entrichten hatte. Bis zu diesem Momente hatte sich die Frage des internationalen genossenschaftlichen Warenaustausches nicht vom Fleck bewegt. Im Jahre 1911 traten die nationalen Genossenschaftsverbände, der V. S. K. inbegriffen, als Kollektivmitglieder dem IGB bei, während vorher die Mitgliedschaft allein den lokalen Genossenschaften möglich gewesen war. Damit wurde der IGB zu einer Genossenschaft dritten Grades.

1912 wurde Dr. Hans Müller zum Sekretär des IGB ernannt, der 1913 seinen Kongress in Glasgow abhielt und als nächsten Kongressort für das Jahr 1916 Basel in Aussicht nahm (die Abhaltung dieses Kongresses wurde dann freilich durch den Krieg verhindert). Im selben Jahre wurde Dr. Hans Müller, der auf Verlangen des V. S. K. den IGB verlassen hatte, durch J. May ersetzt. Dr. Hans Müller hatte vorgeschlagen, das Sekretariat weiterzuführen, unter der Bedingung, dass der Sitz nach Zürich verlegt werde. Nach der Wahl von J. May wurde dann als endgültiger Sitz des IGB London bestimmt.

Dann brach der Krieg aus. Schon 1912 wurde der Jahresbericht des V. S. K. mit folgenden Worten eingeleitet: «Man wird es dem Berichtersteller nicht verargen, wenn er lieber die für unsere Bewegung erfreulichen Momente hervorhebt, als länger bei den Rückfällen in die Barbarei zu verweilen, die das Kriegsjahr 1912 nicht nur für die unmittelbar Betroffenen, sondern für jeden Menschenfreund zu einem Jahr der Trauer machen müssen.» Diese Worte bezogen sich auf den ersten Balkankrieg... Seit damals hat allerdings die Menschheit gewisse «Fortschritte» zu verzeichnen gehabt!

Das Gildenbuch

ist heute in der Schweiz zu einem Begriff geworden. Noch gibt es aber Hunderttausende von Genossenschaftern, die die

Büchergilde Gutenberg

nicht kennen. Helfen Sie mit, ihr neue Freunde zu werben und unterstützen auch

Sie die Buchgemeinschaft des
Genossenschafters!

So wurde die Schweiz «verzuckert»

Indien ist die Heimat des Zuckers; in diesem Lande wurde schon in uralten Zeiten der Saft des wild wachsenden Zuckerrohrs zum Süssen von Getränken und Speisen verwertet. Hier verstand man auch zuerst, den Zuckersaft trocknen zu lassen und die so erhaltenen Klötze zu Kristallen zu stampfen. Recht früh wurden die Zuckerrohre nach Kleinasien verpflanzt, wo sie an den biblischen Strömen Euphrat und Tigris ebenso gut gediehen wie am Ganges. Die Araber zogen in allen von ihnen eroberten Gebieten dieses kostbare Riesengras, was bereits im Altertum zu einer ausgedehnten Zuckerindustrie an den Gestaden des Mittelmeeres führte. Mit dem Niedergang des Araberreiches zerfielen auch die Zuckerrohrplantagen, und als man diese Jahrhunderte später wieder beleben wollte, war die Konkurrenz in Amerika, Java und den Philippinen bereits derart, dass ein Wiederaufblühen der alten Felder unmöglich war.

Als man den Zucker noch beim Apotheker kaufte...

Abgesehen von den Gebieten, die einst unter arabischer Herrschaft standen, lernte Europa den Zucker erst vor rund 1000 Jahren kennen; im Jahre 996 brachte erstmals ein Schiff eine grössere Ladung aus dem Osten nach Venedig. Nur langsam verbreitete sich der Zuckerverbrauch in Mitteleuropa, wo man das neue Nahrungsmittel lange Zeit allein in den Apotheken feilhielt. Nachdem dieses Kolonialprodukt nicht mehr als Medizin galt, fand es als Luxusartikel bei den begüterten Kreisen Eingang. Vom 13. bis zum 15. Jahrhundert betrug der Preis für ein Kilogramm Zucker 30 Franken, im 16. Jahrhundert 10 Franken und vom 17. Jahrhundert bis zum Ausbruch der Französischen Revolution 5 Franken. Teuer wurde die Ware vor allem durch die hohen Seefrachten aus den Tropen, wo allein das Zuckerrohr wächst.

Sie warnten vor dem Luxusartikel Zucker!

Angangs des 18. Jahrhunderts war in der Schweiz der Zucker schon allgemein bekannt, denn damals regten sich Stimmen gegen die «verschwenderrische Gewohnheit» seines Genusses. Als Beispiel sei hier eine Stelle aus einem im Jahre 1765 im

«Journal helvétique» erschienenen Brief zitiert: «Wenn jemand an der Grösse des Uebels zweifeln sollte, so möge er sich nur unsere schädlichsten Luxusartikel vor Augen führen, ich meine damit unseren überaus hohen Konsum von Zucker, Tee, Kaffee und Schokolade, mit allen damit verbundenen Auslagen... Der Genuss dieser fremden Produkte ist so allgemein bei uns, dass er fast alle Leute erfasst. Daher bedeutet der Genuss von solch verbreiteten Waren, die wir zudem vom Ausland kaufen müssen, und die doch nur dazu dienen, unsere Sinne zu kitzeln, in unserer Lage ganz unbestreitbar einen schädlichen Luxus.» Wieviel Zucker damals in der Schweiz konsumiert wurde, lässt sich nicht ermitteln; wenn der Schreiber nun zurückkommen könnte, würde er bestimmt über den heutigen Zuckerverbrauch staunen und mit einem neuen Protest wohl noch weniger Erfolg haben, weil unterdessen der Nährwert des Zuckers erkannt und er damit zu einem Volksnahrungsmittel geworden ist.

Die Entdeckung der Rübe als Zuckerspenderin

Die Bestrebungen, Zucker aus einer anderen Pflanze als dem Zuckerrohr zu gewinnen, gehen weit zurück. Sie lassen sich auf den hohen Preis des Zuckers und auf die Abhängigkeit vom Ausland zurückführen. Da machte der deutsche Chemiker Margraf im Jahre 1747 die grosse Entdeckung vom hohen Zuckergehalt der Runkelrübe. Dies schien der damaligen Welt so unwahrscheinlich, dass man Margraf verlachte. Aber als 50 Jahre später Napoleon im Rahmen seiner Weltbeherrschungspläne England durch die Verhängung der *Kontinentalsperre* (1806 bis 1813) auf die Knie zwingen wollte und infolge der englischen Gegenblockade das europäische Festland auch von den amerikanischen Zuckerlieferungen abgeriegelt wurde, da entsann sich ein Schüler Margrafs, der aus Genf gebürtige und in Deutschland aufgewachsene Franz Achard, der Ideen seines Lehrers und setzte dessen Versuche fort. Es gelang ihm auch aus der so unscheinbaren Rübe Zucker herzustellen. Dies führte zu einer der grössten wirtschaftlichen Umwälzungen der Geschichte.

In Schlesien wurde 1798 die erste Rübenzuckerfabrik der Welt eröffnet und bald darauf entstanden solche auch in anderen Staaten. Auf Initiative des Rats Herrn Merian entstand im Jahre 1811 in *Basel* die erste Rübenzuckerfabrik der Schweiz. Das Unternehmen lieferte ein ausgezeichnetes, gelbkörniges Erzeugnis, das vor allem in den Bäckereien Verwendung fand. Der gleiche Merian gründete auch im elsässischen Gebweiler eine Zuckerraffinerie, die in den Besitz des Vaters jenes durch die Erfindung der Zahnradbahn berühmt gewordenen Niklaus Riggenbach überging. Der ermutigende Erfolg in Basel führte zur Eröffnung einer zweiten Rübenzuckerfabrik in Nyon. Dieses vom hervorragenden Agronomen Jean de Loys geleitete Unternehmen betrieb auch eine eigene Zuckerrübenkultur von 70 Hektaren. Trotz allen Bemühungen gingen diese beiden wichtigsten Unternehmen mit einigen kleinern Betrieben nach der Aufhebung der Kontinentalsperre wieder ein, wobei beträchtliche Verluste entstanden.

Die Zuckerfabriken rentieren nicht

Auch den Zuckerfabrikanten war kein Glück beschieden, die Ende des letzten Jahrhunderts versuchten, unser Dasein mit eigenem Zucker zu versüssen. Mit dem Aufkommen der modernen Fabrikindustrie — die den Zucker verbilligte und den Wohlstand hob — stieg der Zuckerkonsum rasch an. Im Jahre 1950 war der Zuckerverbrauch pro Kopf der Bevölkerung auf 2½ Kilogramm angestiegen; im Jahre 1900 betrug er schon 21¼ Kilogramm je Einwohner der Schweiz! Da wir damals jährlich für 20 Millionen Franken Zucker importierten, regten einsichtige Industrielle die erneute Aufnahme der Rübenzuckerfabrikation an, damit das Geld im Lande bleibe und Arbeitern und Bauern zugutekommen konnte.

Bereits in den 60er- und 70er-Jahren erwog man in den Kantonen Zürich, Thurgau, Aargau, Luzern und Bern die industrielle Zuckergewinnung aus im Lande selbst gepflanzten Rüben. Mit diesen stellte man überall Versuche an, die bewiesen, dass auch bei uns Zuckerrüben mit hohem Zuckergehalt gedeihen konnten. Eines der vielen Vorhaben kam im Jahre 1891 zur Ausführung, und zwar in

Monthey (Wallis), wo die Zuckerfabrik «Helvetia» entstand. Aber schon nach drei Jahren ging das Unternehmen ein, da die Bevölkerung vom Rübenpflanzen nicht sehr eingenommen war und lieber an den alten Wirtschaftsmethoden festhielt. Auch war die Lage der Fabrik nicht günstig gewählt und damals die Rhoneebene nicht genügend entsumpft.

Diese Niederlage vermochte aber den Geist der Unternehmer nicht zu besiegen; 1899 wurde in Aarberg eine neue Zuckerfabrik gegründet. Auch dieses Unternehmen geriet unter den Hammer, weil die Bauern nicht genügend Zuckerrüben pflanzen wollten und weil ihm die ausländische Konkurrenz stark zusetzte. Unter der Leitung der Berner Kantonalbank gingen einige Jahre die Geschäfte leidlich, bis 1912 eine Feuersbrunst die ganze Fabrik vernichtete. Die Zuckerfabrik wurde dann neu aufgebaut, und zwar unter Beteiligung des Staates Bern und einiger Gemeinden, die heute das

Unternehmen zu vier Fünfteln in ihrem Besitze halten. Die «Zuckerfabrik und Raffinerie Aarberg AG.» ist seither das einzige Unternehmen dieser Art in der Schweiz geblieben. Die Errichtung einer zweiten Fabrik in Andelfingen, die man in den letzten Jahren viel besprochen hatte, wurde im März 1948 durch Volksentscheid abgelehnt. Neben dem Aarberger Unternehmen, das uns in den beiden Weltkriegen grosse Dienste geleistet hat und das zum Beispiel 1948/49 392 293 Doppelzentner Raffinadezucker aus Rüben und Rohzucker herstellte, bestehen in der Schweiz noch drei sogenannte *Zuckermühlen*. Sie befinden sich in Rapperswil, Egnach und Läfelfingen und verarbeiten ausschliesslich Verbrauchsucker zu Würfel-, Kristall- und Griesszucker.

Grenzen der Autarkie!

Entgegen allen Bemühungen, in der Schweiz eine eigene Zuckerindustrie aufzubauen, ist es nicht gelungen, unser Land aus der Abhängig-

keit vom Auslandmarkt zu lösen. Trotzdem brauchen wir nicht auf den Zucker zu verzichten, denn solcher steht uns wieder zur Verfügung, soviel wir nur wünschen. Auf der ganzen Welt wurde im letzten Jahre die Rekordproduktion von 32 Millionen Tonnen Zucker erreicht. (1849 waren es erst 1 010 800 Tonnen.) Der in der Schweiz verbrauchte Zucker — das waren im Jahre 1949 1 823 141 Doppelzentner — stammte grösstenteils aus Frankreich, Grossbritannien, der Tschechoslowakei und Cuba. Man ersieht daraus, dass Zucker in unserer Handelsbilanz ein sehr wichtiges Austauschprodukt darstellt. Sehr häufig erleichtern die Zuckerimporte den Export schweizerischer Industrieprodukte.

Der Zuckerverbrauch hat sich in der Schweiz in den letzten 50 Jahren nochmals verdoppelt, betrug er doch 1949 42½ Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung. Im Verhältnis zu früheren Zeiten dürfen wir also von einer regelrechten «Verzuckerung» unseres Daseins sprechen! h

100 Jahre Konsumgenossenschaften in Deutschland

von Hugo Tillmann, Berlin

Vom Sommer 1849 bis zum Herbst 1850 erfolgten die ersten Genossenschafts-Gründungen von Hermann Schulze-Delitzsch und seinen massgebend beteiligten Freunden wie auch von F. W. Raiffeisen. In diesem Kranz erster Bezugs- und Kreditgenossenschaften, der Versicherungs- und Hilfsvereine, steht in der Mitte auch die erste deutsche Verbrauchergenossenschaft, die «Lebensmittel-Association» in Eilenburg, die im Juli 1850 gegründet worden ist.

Eilenburg war damals Hauptsitz der preussischen Kattundruckerei und eine Industriestadt von etwa 10 500 Einwohnern, die bereits in die frühkapitalistische Entwicklung eingetreten war und sogleich von den neuen sozialen Fragen bedrängt wurde, die das Maschinenzeitalter und die aufkommende Grossbetriebswirtschaft aufzuwerfen begannen. Diese Stadt verlangte geradezu nach neuen sozialpolitischen Versuchen. Eilenburg war ein genossenschaftsreifes Milieu, bot aber auch die Ansatzpunkte für genossenschaftliche Neubildungen.

Fast überall sind die ersten Genossenschaften aus schon vorhandenen sozialen Gebilden, wie Innungen und Vereinen, hervorgewachsen; sie fühlen sich zunächst nur als Vereine besonderer Art und bekennen sich durch ihre Namengebung als «Konsumverein», «Vorschuss- und Kreditverein», «Wirtschaftsverein», «Spar- und Darlehenskassenverein» usw. als zum Vereinswesen gehörig; die alte deutsche Bezeichnung «Genossenschaft» ist erst nachträglich gebräuchlich geworden. Dr. Ruhmer hat schon darauf hingewiesen, dass

es in Eilenburg der «Bürgerverein» und der «Handwerkerverein» waren, in deren Mitgliederversammlungen über das Assoziationswesen als Mittel zur Erleichterung der Schwere der Zeit gesprochen wurde, und dass die Eilenburger Genossenschaften dann aus der Mitte jener Vereine heraus gegründet wurden. Wenn die erste Konsumgenossenschaft sich Lebensmittel-«Association» nannte, so wollte sie wohl auch eine neue Entschlossenheit zum Ausdruck bringen, wie sie in dem freiheitlichen und fortschrittlichen Geist der revolutionären französischen Arbeiterschaft und ihrem Produktivassoziationswesen in die Erscheinung trat.

Vorläufer und Vorbilder

Auch auf deutschem Boden gab es schon manche Vorläufer, die sich dem Versuch gewidmet hatten, durch Verbraucherzusammenschlüsse die Versorgung mit Lebensmitteln und Kohlen zu verbilligen, qualitativ zu verbessern sowie rechtzeitig und ausreichend zu sichern. Man erinnere sich der ersten konsumgenossenschaftlichen Spuren im Elsass von 1832 an, der «Ermunterung» in Chemnitz, der Liedtkeschen Sparvereine in Berlin, der Fruchtvereine in Süddeutschland und in der Schweiz. Genossenschaften im heutigen Sinne waren das meist noch nicht, weil sie sich nicht von jeglicher Wohltätigkeit und Fremdhilfe freihielten und sich noch nicht mit dem strengen Band der solidarischen Haftverpflichtung aller füreinander verbunden hatten.

Die Erforschung der Entstehungsgeschichte des Eilenburger Konsumvereins hat die überraschende Tatsache erbracht, dass den entscheidenden Anstoss zur Bildung des dortigen Vereins wahrscheinlich Berichte über amerikanische Vorbilder gegeben haben. Es erschien nämlich im Eilenburger «Volksblatt» vom 20. März 1850 ein anonymer Aufsatz «Gewerbliche Associationen», der das junge amerikanische Genossenschaftswesen schilderte. Es wurde unter anderem über die 1845 von dem Deutschamerikaner John Kaulback zusammen mit einigen Mechanikern in Boston gegründete erste amerikanische Verbrauchergenossenschaft berichtet, die sich schon nach zwei Jahren, im Januar 1847, mit anderen Vereinen zur «New England Protective Union» (Schutzverband) zusammenschloss. Des weiteren wurden damals im «Volksblatt» die Anfänge der Verbrauchergenossenschaften in New York geschildert mit seinem «Sozial-Reformverein», der von einem aus Berlin stammenden Mechaniker namens Arnold geleitet wurde. In dem Aufsatz wird ausdrücklich gesagt, dass aus Europa nicht Ähnliches bekannt sei, was erkennen lässt, dass von dem Werk der «Redlichen Pioniere von Rochdale» (1844) noch keine Kunde nach Eilenburg gedrungen war. Entwicklung und Erfolge der «Protective Union» werden bestehend geschildert. Sie umschloss 1849 schon 64 Vereine und «jetzt sind ihrer über 100», heisst es in dem Bericht, der weiter über zentralen Einkauf durch einen Agenten, über Monatsumsätze von 60 000 \$ und von einer Verbilligung der notwendigsten Lebensbedürfnisse für die Mitglieder von 25 bis 33¼% zu berichten weiss.

Die Eilenburger Association und weitere Gründungen

Den Verfasser des Aufsatzes vermutet man entweder in dem für die erste Gestaltung der Genossenschaft so massgebenden Arzt Dr. Anton Bernhardt oder in dem Privatsekretär Friedrich Wagner, der als der Vorkämpfer der etwa ein Vierteljahr später gegründeten Lebensmittel-Association gilt und zusammen mit dem Färbermeister Vogel und dem Buchbindermeister August Fritzsche, der die Geschäftsführung versah, den Vorstand bildete.

Fritzsche und Vogel vertraten die Handwerkschaft auch politisch. Sie begegneten uns auch im Januar 1849 als Wahlmänner der Demokratischen Partei. Friedrich Wagner war als Privatsekretär des Rechtsanwalts Hanke, dem Vorsitzenden eines Zentralkomitees von Handwerkervereinen, nicht minder gut vertraut mit den Kampfzielen und -methoden der Handwerker. Auf die Anhängerschaft wirkte die Besetzung des Vorstandes der neuartigen Genossenschaft mit den Männern ihres politischen Vertrauens natürlich günstig.

Anders war die Wirkung auf die Aussenstehenden: den Widerstand der Interessenten verstärkte ein politischer Widerstand. Dabei war der Widerstand der Interessenten schon viel stärker als etwa im Falle einer Bezugs- oder Kreditgenossenschaft. Denn schlossen sich beispielsweise die Schuhmacher zwecks gemeinsamen Einkaufs von Leder zusammen, so bekamen sie es unmittelbar nur mit ein paar Gewerbeamte zu tun; eine Kreditgenossenschaft hat mit der Gegnerschaft eines Bankgeschäftes oder einiger privater Geldverleiher zu rechnen. Der Konsumverein dagegen hatte zunächst die viel grössere Zahl der Krämer gegen sich, jeder Laden

wurde zu einer feindlichen Propagandazentrale, aber darüber hinaus sekundierte dem Zorn der sich geschädigt Fühlenden die politische Leidenschaft. Das machte es der Lebensmittel-Association zu Eilenburg so schwer, sich bei den Behörden durchzusetzen, die über die zahlreichen und hartnäckigen Klagen und Eingaben der Gegner zu entscheiden hatten.

Allen Widerständen zum Trotz blühte die Eilenburger Lebensmittel-Association rasch auf und machte Schule. Im Jahre 1852 wurde auch in Delitzsch — noch ohne Schulzes Zutun — eine Lebensmittel-Association, auch «Lebensbedürfnis-Association» genannt, gegründet, die mehrmals Darlehen von der dortigen Kranken- und Sterbekasse erhielt; so arbeiteten die Selbsthilfegemeinschaften von Anfang an Hand in Hand.

Allmählich griff die Bewegung um sich. Noch im selben Jahre, 1852, wurde in Hamburg die oft genannte Gesellschaft zur Verteilung von Lebensbedürfnissen und im Jahre 1856 eine zweite derartige Gesellschaft gegründet, die, wie Schulze im «Arbeiterkatechismus» berichtet, «in vier, respektive in sieben Läden in verschiedenen Stadtteilen Brot, Heizmaterial, geräuchertes Fleisch, Hülsenfrüchte und Kolonialwaren an ihre Mitglieder ablassen und bei einem Umsatz von 40 000 bis 50 000 Thalern jährlich gute Geschäfte machen». Daneben berichtet er von einem grossen Konsumverein in Zürich. Schulze-Delitzsch schätzte die Zahl der Konsumvereine in Deutschland im Jahre

1861/62 auf	50 bis 60,
1864 bestanden	97 und
1883	675.

Die letzte Zahl zeigt den bei Schulze-Delitzschs Tod erreichten Stand. Die einen nehmen ihn für einen schönen Erfolg, die anderen sind durchaus unzufrieden damit und werfen Schulze vor, die Verbrauchergenossenschaft nur wenig gefördert zu haben. Der Bestand wäre nicht schlecht, wenn es sich nicht überwiegend um kleine Vereine handeln würde. In die breiten Massen der Arbeiterschaft ist Schulzes Konsumvereinsbewegung nicht eigentlich gedrungen. Das war gewiss zum grossen Teil eine unmittelbare Folge der durch Lassalles Warnungen hervorgerufenen Zurückhaltung der Lohnarbeiter, beruhte letzten Endes aber doch auch auf Schulzes Wesen und politischer Grundanschauung.

Schulze-Delitzsch und die Konsumgenossenschaften

Schon Gustav Schmoller hat es in seinem Nachruf ausgesprochen, dass Schulze-Delitzschs Ziel die Rettung des Mittelstandes war. Er hat der Konsumvereinsbewegung eine mittelständlerische Prägung gegeben. Auch Viktor Aimé Huber, der die Kenntnis von den Erfahrungen und Erfolgen der englischen Bewegung bei uns verbreitete und Schulze-Delitzsch zur Entfaltung seiner Arbeit in dieser Richtung zu bestimmen suchte, empfand dessen inneres Widerstreben, und als er ihm schliesslich vorwarf, er berücksichtige nur die Handwerker und vernachlässige die Lohnarbeiter, da kam es zum Bruch zwischen den beiden Männern. Es wäre nicht richtig zu sagen, Schulze habe nur ein Programm für Handwerker gehabt. Allerdings sah er die Arbeiterfrage weniger von innen heraus als vom bürgerlichen Standpunkt. Bei seiner erklärten Gegnerschaft gegen den

alten Ständestaat wehrte er sich erst recht dagegen, die Entstehung eines vierten Standes anzuerkennen. Er wollte «gleiches Recht für alle sowie Bildung und Wohlstand der Massen als dauerhafte Grundlage der politischen Freiheit, er erstrebte eine klassenlose Gesellschaft, in der alle Staatsbürger in gleichberechtigter Harmonie zusammenleben würden». Das war jedoch ein rückschauendes Ideal, mindestens um eine Generation verspätet. Die Trennung der Arbeitermassen vom Besitz der Produktionsmittel vollzog sich in der stürmischen frühkapitalistischen Entwicklung mit Windeseile und liess den vorsichtigen und gediegenen Schulze weit zurück. Die Produktivgenossenschaft blieb für ihn die Krönung des Systems und der Konsumverein der tragende Unterbau. Als besonnener, ja als bedächtiger Wirtschaftspraktiker sah er neben den in der Verbilligung und Verbesserung der Versorgung auch der Arbeiterhaushalte liegenden geschäftlichen Funktionen der Verbrauchergenossenschaft ihre genossenschaftliche Aufgabe hauptsächlich in zweierlei.

Sie sollte zunächst die Arbeiter genossenschaftlich schulen, sie an den einfacheren Verhältnissen des Konsumvereins lernen lassen, sie mit Buch-, Kassen- und Lagerführung, mit Kaufmannsbrauch und unternehmerischem Disponieren vertraut, sie mit den betriebswirtschaftlichen und organisatorischen Problemen der Genossenschaft bekannt machen. In den Konsumverein sollten sich die Arbeiter alle jene Eigenschaften erwerben, welche die Produktivgenossenschaften in so viel höherem Masse verlangten: genossenschaftliche Disziplin und den ihnen noch oft abgehenden echt genossenschaftlichen Geist, den Sondergeist ablegen und sich an gemeinschaftliches Vorgehen gewöhnen. Die zweite Aufgabe sah Schulze-Delitzsch in der Sicherung des Absatzes für Produktivgenossenschaften und Eigenproduktion durch den Bedarf der Konsumvereine, oder wie er sagte: «die Ueberführung zur gemeinschaftlichen Produktion im grossen».

Ohne Schulze-Delitzchs grosses geschichtliches Verdienst zu schmälern, wird man aber doch sagen dürfen, dass seine Haltung unter zwei Mängeln litt. Seine Verbraucherbewegung setzte zu spät ein und hatte viel zu wenig Tempo; sein politischer Wunschtraum, die Absonderung des vierten Standes zu verhüten, war eine Utopie. Und zweitens: Dieses utopische Ziel durfte nicht von dem Gegner Lassalles, dem politischen Sprecher des Kleinbürgertums, von dem Führer der Fortschrittspartei verkündet werden, als die Arbeiter schon ihren August Bebel gefunden und die hitzige Atmosphäre der Gründerjahre durchlebt hatten. Schulzes harmonisches Gesellschaftsideal von 1865 erlitt Schiffbruch, die Arbeiterschaft wurde von stärkstem Klassenbewusstsein durchdrungen und schuf sich zu Beginn dieses Jahrhunderts eine ihr gemässe Konsumvereinsbewegung.

«Konsumgenossenschaftliche Rundschau», Hamburg

Aus aller Welt

Um den Verkauf ihrer Kühlschränke zu fördern, wendet eine amerikanische Eiskastenfabrik folgenden Trick an: Jeder Käufer eines neuen Eisschranks wird ermächtigt, bei einem Lebensmittelhändler seines Wohnortes so viele Lebensmittel einzukaufen, als der Eiskasten zu fassen vermag. Die Rechnung für diesen einmaligen Einkauf kann er dem Eisschranksfabrikanten zustellen, der sie umgehend begleicht. Dieses Vorgehen soll guten Erfolg haben und den Verkauf von Eisschränken der betreffenden Fabrik sehr fördern.



12. bis 18. August 1950

Einzig autorisierte Veröffentlichung dieses Spezial-Horosco-ops. Jeglicher Nachdruck ist verboten. Eine Verantwortung kann nicht übernommen werden.



Wassermann (21. Januar bis 18. Februar)

Hüten Sie sich vor jeder Voreiligkeit. Immer zuerst an «Co-op» denken.



Fische (19. Februar bis 20. März)

Die Lektüre eines guten Buches wird Sie auf andere Gedanken bringen. Bei den Büchern der «Büchergilde Gutenbergs» finden Sie die rechte Medizin.



Widder (21. März bis 20. April)

«Leben und leben lassen» muss Ihr Grundsatz gerade in dieser Woche sein. Hüten Sie sich vor Neid und Missgunst.



Stier (21. April bis 21. Mai)

Auch andere haben manchmal gute Vorschläge. Machen Sie sich diese ohne Kleinlichkeit zunutze.



Zwillinge (22. Mai bis 21. Juni)

Lassen Sie sich auf keine nutzlosen Diskussionen ein. Letzten Endes entscheidet immer die bessere Leistung!



Krebs (22. Juni bis 22. Juli)

Machen Sie einen Besuch in einem Krankenhaus, und Ihre eigenen Sorgen drücken Sie nicht mehr so sehr. Als Geschenke eignen sich Co-op Produkte!



Löwe (23. Juli bis 22. August)

Es geht immer wieder ein Türlein auf; aber man muss halt «rede mitenand»!



Jungfrau (23. August bis 22. September)

Freundlichkeit macht sich immer bezahlt. Bemühen Sie sich aber, wirklich freundlich und nicht einfach nur «süßlich» zu sein.



Waage (23. September bis 22. Oktober)

Unbeantwortete Briefe sind eine oft drückende Last. Das gilt auch für Verbandszirkulare! Es liegt an Ihnen, sich von diesem Gewicht zu befreien.



Skorpion (23. Oktober bis 21. November)

Eine Viertelstunde am Morgen ist mehr wert als eine ganze Stunde am späten Abend. Stellen Sie um, und kommen Sie nicht so abgehetzt zur Arbeit!



Schütze (22. November bis 21. Dezember)

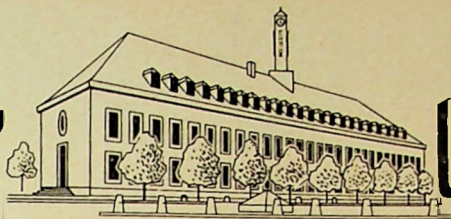
Nur keine Aengstlichkeit! Mit etwas Mut und Unternehmungslust kann alles zu einem guten Ende geführt werden.



Steinbock (22. Dezember bis 20. Januar)

Es ist nicht alles Gold was glänzt. Darum halten Sie sich auch die Co-op Erzeugnisse an die gute Qualität. Sie täuschen nicht mehr vor, als vorhanden ist.

Die Seite der



Ehemaligen

GENOSSENSCHAFTLICHES SEMINAR-STIFTUNG VON BERNHARD JAEGGI

Liebe Ehemalige!

In meinem Kalender steht: «Ehemaligenbrief». Und so erfülle ich die angenehme Pflicht, Euch zu schreiben, da wo ich bin, und Ihr bekommt einen Gruss aus dem Norden. Auf einer aufschlussreichen Studienreise nehme ich Einblick in die genossenschaftlichen Bildungseinrichtungen der skandinavischen Länder und wohne gegenwärtig einer Konferenz in Helsinki bei, an der die Rektoren und einige Lehrer der Genossenschaftsschulen von Dänemark, Norwegen, Schweden, Island und Finnland ihre Ideen und Erfahrungen austauschen.

Die Genossenschaftsbewegung ist in den nordischen Staaten sehr weit entwickelt. In Finnland z. B. sind 40% des gesamten Detailhandels in der Hand der Genossenschaften; in der Schweiz sind es etwa 8%. Wir haben also das Recht und die Pflicht, unser Konsum-Genossenschaftswesen weiter auszubauen. Unsere Gegner, die die Konsumvereine gerne als Gefahr für die Freiheit anschwärzen möchten, können wir füglich auf das finnische Volk — eines der freiheitliebendsten der Welt! — hinweisen, das eine starke Genossenschaftsbewegung hat, eben weil es von demokratischem Geist erfüllt ist.

An uns allen aber, an Euch hinter dem Ladentisch und am Schreibpult wie an uns in den Lehrstunden liegt es, alles daranzusetzen, dass die Leistungen im Dienste der Konsumenten auf der Höhe der Zeit bleiben und der Konkurrenz überlegen sind. Dies ist möglich; Finnland und Schweden beweisen es uns. Damit komme ich zu einem wichtigen Anliegen:

Die allgemeine Ausbildung unserer Verkäuferinnen ist ja in der Schweiz gesetzlich geregelt. Zwei Jahre Lehrzeit und die Abschlussprüfung gewährleisten eine weitergehende Grundschulung als in irgend einem andern Lande. — In Skandinavien gibt es — abgesehen von Dänemark — keine solchen Gesetze, keine Lehrverträge und keine obligatorische Berufsschule. Jede berufliche Weiterbildung ist freiwillig. Dies hat zur Folge, dass diejenigen, die keine «Berufsneugierde» zeigen, einfach zurückbleiben. Diejenigen aber, die an ihrem Berufe Freude haben — und es sind deren sehr viele! — bilden sich *freiwillig* weiter. Diese, ich möchte fast sagen «Unordnung» im beruflichen Bildungswesen habe

ich zunächst gar nicht begreifen können; aber sie funktioniert recht gut und hat etwas Positives an sich, das unser vorzügliches Lehrlingsgesetz eher beeinträchtigt hat: Diese freiwillige Weiterbildung wird nicht durch ein Examen gewissermassen abgestoppt. Bei uns ist es doch so, dass viele an sich tüchtige Verkäuferinnen es nach dem Examen nicht mehr für nötig erachten, noch viel für ihre Weiterbildung zu tun. Man ist ja «diplomiert». — Anders ist es hier. Da erstrecken sich die Kurse auf viele Jahre; sie beginnen als Briefkurse, die meistens in Gruppen studiert werden, als «Wochenkurse» an der Genossenschaftsschule, worauf wieder Brief- und dann wieder mündliche Kurse folgen, und es geht sehr, sehr lange, bis alle Bildungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind. Dasjenige Personal aber, das sich so unaufhörlich fortbildet und danach strebt, die Leistungen der Konsumvereine zu steigern, gibt natürlicherweise den Ton an in den Genossenschaftsläden.

Weshalb schreibe ich Euch von diesen Beobachtungen? Weil ich Euch die Notwendigkeit der beruflichen Weiterbildung nahelegen will. Ihr, die Ihr diese Zeilen lest, gehört zu denen, die nicht beim «Diplom» stehen bleiben dürfen. Seid wach in Euren Berufe! Wenn Ihr, in dem Bestreben die Leistungen Eures Ladens zu steigern, wach und kritisch seid, so entdeckt Ihr Probleme und Möglichkeiten in Fülle, und Eure Arbeit wird Euch interessanter erscheinen. Tauscht die Gedanken mit Euren Mitarbeiterinnen aus, besprecht sie mit Euren Vorgesetzten, und schreibt sie auch uns im Seminar, damit wir mit den Fragen der Verkaufsfront in enger Fühlung sind! Dies wird unsere Unterrichtsstunden bereichern, und wir werden auch Euch nach bestem Wissen und Können bei Euren Anliegen zur Seite stehen.

Dies also sei mein Gruss aus dem Norden: *Unser Genossenschaftswesen muss sich behaupten und durchsetzen; je demokratischer ein Volk gesinnt ist, um so bedeutender sind ihm seine genossenschaftlichen Einrichtungen. In den Dienst dieses Gedankens sollt auch Ihr die berufliche Tätigkeit stellen. Dies erfordert, dass Ihr Eure Fähigkeiten und Leistungen ständig zu erweitern und verbessern trachtet.*

Euer Dr. Hans Dietiker

Auf Du und Du mit Ihren Waren!

Vom Speicher zum Silo

Für die modernen Menschen bietet ja die Konservierung von Vorräten keine grosse Schwierigkeiten mehr, wo ja beinahe in jeder neuzeitlichen und komfortablen Grossstadtwohnung ein Kühlschrank eingebaut ist. Heute können wir mitten im Winter die leichtverderblichsten Sommerfrüchte in frischer Qualität als tiefgekühlte Konserven beinahe in jedem Konsumladen beziehen. Ganze Mittagessen kann man in Konservenbüchsen kaufen. In den USA gibt es Konserven, in deren unteren Teil man bloss ein Loch bohrt, so dass durch die Luftzufuhr eine chemische Masse zu verbrennen beginnt und so das Gemüse oder Fleisch in der Büchse gewärmt wird, so dass gar die Pfanne überflüssig ist. Besonders in der Armee, auf Expeditionen und Hochtouren sind derartige Konserven sehr willkommen. Ob im Sommer oder im Winter, wir beziehen gefrorene Fische aus Skandinavien. Dass unseren Vorfahren die Vorratshaltung noch viel mehr Schwierigkeiten machte, daran denken wir kaum.

Dech schon die Höhlenbewohner versuchten allerlei Nahrung in Höhlen und Erdlöchern zu konservieren. Tacitus berichtet, dass die alten Germanen als Wohnstätten unterirdische Höhlen ausgruben, die sie oben dick mit Dünger belegten, als Zufluchtsort im Winter und zur Aufbewahrung von Feldfrüchten benützten. In der Walachei und der Dobrudscha haben die Menschen bis in die jüngste Zeit hinein sich solche Wohn- und Vorratshöhlen ins Erdreich gegraben. Kellergruben aus vorgeschichtlicher Zeit, mehr oder minder tiefgegrabene Löcher, die oben mit Brettern überdeckt wur-

den, fand man häufig unterhalb von Hüttenbauten. Hier wurden Speisevorräte aufbewahrt und in Tongefässen fand man Körnerfrüchte. Halbunterirdische Wohnungen gab es sowohl bei den Indogermanen wie



Ringförmiges Tschuanenhaus mit grossem urnenartigem Vorratsbehälter.

im urgofinnischen Osten und überall hatte man dazu Vorratsgruben angelegt. Altirokesische Vorratsgruben entdeckte man vor einigen Jahrzehnten auch im Gebiete des Staates New York, die Mais- und andere Körner enthielten.

Die Urbewohner Japans, die Ainus haben aber bereits Speicher über der Erde angelegt, und zwar auf Pfählen. Diese Speicher bestanden aus Rohrwänden und einem Rohrdach. Wollte man Vorräte einbringen oder zum Gebrauch davon holen, so wurde ein Balken schräg angelehnt. In die-

sen Balken waren stufenartige Kerben eingehauen. Als die Normannen unter Thorfinn Karlsefin an der Ostküste Amerikas landeten, fanden sie im Jahre 1003 zwar keine Siedlungen und keine Menschen, aber auf Pfählen stehende Kornspeicher. Ähnliche Speicher gab es in ganz Skandinavien und dem Baltikum, auch gewissen Teilen Norddeutschlands. Merkwürdigerweise sind viele der primitiven alten Speicher in runder Form gehalten, ja sie bestanden teilweise sogar aus bis zu vier Meter hohen Urnen aus Ton, die, wie etwa bei den Owombos in Südwestafrika, noch auf Pfähle gestellt wurden. Die Eingiessöffnung ist mit genau abgepassten und zurechtgeschliffenen Steinen verschlossen und mit Lehm zugekittet worden.

Auch unterirdisch sind solche urnenförmigen Aufbewahrungsmöglichkeiten erstellt worden, andernorts dienten rundgeflechtene Körbe von riesigen Dimensionen als Vorratsbehälter. Auch Baumrinde diente zur Herstellung solcher Gefässe und diese Rindenfässer hat man ebenfalls mit Lehm abgedichtet. Aus abgelöstem Bast machte man Säcke und hängte diese an Bäume oder Gerüste. In den Ländern, wo Reis die Hauptnahrung darstellt, wurden die Körner in tonnenartigen Behältern auf Pfählen unter dem Hause aufbewahrt und im alten Kulturland Babylonien und Assyrien hat man im ganzen Lande Erdgruben zur Aufspeicherung der Vorräte angelegt. Bereits fortschrittlicher war man im alten Aegypten, wo die runden, turmartigen Speicher oben eine kleine Eingussöffnung hatten, die nachher sorgfältig verschlossen wurde, indessen an der Basis bereits Auslassöffnungen vorhanden waren. Die Getreidehäuser des Altertums dienten, wie einst die Schütt-

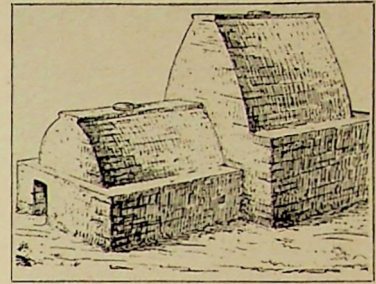


Hütten und Vorratskammern bei einem Negerstamm im Tanganikagebiet. Der Vorratsbau im Vordergrund ist aus Flechtwerk hergestellt und mit Lehm bestrichen.

kästen in den österreichischen Alpenländern, zur Aufnahme von Ernteüberschüssen für Mangeljahre. Als man um die Jahrhundertwende in Siebenbürgen eine römische Villa aus der Zeit Kaiser Trajans 101 n. Chr. ausgrub, da fand man in einer Vorratskammer Getreide, das so gut konserviert war, dass man es sogleich in die Mühle hätte geben können. Uebrigens dienen Tonkrüge noch heute in vielen spanischen Gegenden nicht nur zur Aufbewahrung von Wein, Oel und Wasser, sondern auch für Erntevorräte.

In der Schweiz erlangten vor allem die Käsespeicher eine gewisse Berühmtheit, meist waren sie für zwei Bauern berechnet und lagen zum Schutz gegen Feuer etwas von den Wohnstätten entfernt. In unsern mittelalterlichen Städten haben die grossen, massivgebauten Kornhäuser und Salzstadel dem Gesamtbild eines Gemeinwesens nicht nur baulich das Gesicht gegeben, sondern sie waren auch von grosser Bedeutung in Kriegs- und Misserntejahren. Mancher dieser Speicher war so massiv gebaut, dass er beinahe burgähn-

lichen Charakter hatte. Obwohl die guten Kommunikationsmittel von heute Hungersnöte weitgehend beseitigt haben — man denke nur an die Nachkriegshilfe Amerikas für Deutschland — so sind neuzeitliche Lagerhäuser und Silos nicht überflüssig geworden. Das Wort Silo kommt aus dem Spanischen und bedeutet Kornkeller. Bevor bei uns die riesigen Hochbauten entstanden, hat man aber noch einmal die uralte Grubenaufbewahrung zu Ehren gezogen. Nicht nur in Ungarn gab es bis ins 20. Jahrhundert hinein Korngruben, auch bei uns hat man Runkel- und Zuckerrüben bis in die neueste Zeit hinein so aufbewahrt. Die ungarischen Korngruben wurden je nach Bedarf in verschiedener Grösse ausgehoben. War das geschehen, dann schichtete man darin Stroh und Holz oder anderes leicht brennbares Material an und entzündete es. Dieser Prozess wurde mehrmalig wiederholt, bis die Wände ganz ausgetrocknet und zu einer ziegelartigen Masse erhärtet waren. Dann wurde trockenes Stroh auf den Boden gelegt und seitlich aufgeschichtet, in dessen Mitte das Korn schüttete. Dann kam wieder eine Strohecke über das ganze und schliesslich eine Erdschicht. Noch 1918 wurde eine solche Anlage in St. Quen erstellt und die daraus entnommenen Proben haben noch nach Jahren bewiesen, dass diese traditionelle Aufbewahrungsart durchaus gut war. 1825 ist in Deutschland durch die Mansfelder Kupferschiefer abbauende Gesellschaft zur Versorgung ihrer Arbeiter erstmals eine



Rekonstruktion eines assyrischen Kornhauses.

Siloanlage geschaffen worden, die man als den Vater der heutigen bezeichnen könnte. 1846 kamen Silos in grossem Masstabe auf, ihnen folgten seither in allen grossen Welthäfen Lagerhäuser für Körnerfrüchte. Anfänglich wurde das Getreide mittels des Becherschöpfwerkes — wie wir es von Baggern her kennen — aus- und eingeladen, und man nannte diese Silos deswegen Elevatoren. In neuerer Zeit ist man zu Ansauganlagen übergegangen, die zugleich eine bessere Durchlüftung gewährleisteten. In den letzten Jahrzehnten sind nicht nur bei unseren Mühlen und dem Rheinhafen, sondern auch im Auslande viele moderne genossenschaftliche Silos errichtet worden. Die Entwicklungsreihe, die wir hier knapp umrissen darstellten, zeigt, wie von primitiven Anlagen zur Aufspeicherung der Ernte bis zu den Riesensilos der Gegenwart ein weiter Weg ist, ob aber der Mensch der Gegenwart mit seinen technischen Einrichtungen wirklich besser lebt als anno dazumal, das ist eine Frage, die wir nicht beantworten wollen. -thy-

Kornhaus Basel um 1870, heutiger Standort der Gewerbeschule.



Zum Thema Vorschlagswesen

In der amerikanischen Zeitschrift «Factory» wird erzählt, dass es heute drei verschiedene Arten gibt, wie neue Ideen in den Betrieben aufgenommen werden. Der am meisten vorkommende Chef-Typ (auch in der Schweiz sehr zahlreich vertreten) weist jede neue Idee einfach ab. Andere nehmen gerne neue Ideen auf, ermuntern aber nie die Mitarbeiter zu solchen, sondern sagen zuerst einmal «Nein». Später wird dann der Gedanke, möglichst in veränderter Form, doch irgendwie verwertet. (Auch dieser Typ ist bei uns anzutreffen.) Die dritte Art besteht darin, den Mitarbeiter ständig anzufeuern, die Arbeit besser und schneller zu machen, neue Ideen dazu zu entwickeln. (Gibt es diesen Typ bei uns auch?)

Ganz gewiss ist, dass jeder Betrieb, der nicht vorwärtsgeht, heute zurückbleiben muss, ebenso gewiss, dass jeder Betrieb durch neue Ideen verbessert werden kann, und zwar ohne jede Ausnahme. Man kann sogar sagen, dass es *keinen Betrieb gibt, in dem nicht ein findiger Kopf die Arbeit besser und rationeller machen könnte*. Man muss also die Mitarbeiter auffordern, Verbesserungsvorschläge einzureichen und muss dies unermüdlich tun. Die Vorschläge sollen ohne Namen eingesandt werden, vielleicht mit einer Nummer oder Chiffre, um den Absender herauszufinden, wenn es nötig ist. Dann sollen sie alle unvoreingenommen geprüft werden, und zwar nicht nur vom Chef allein, sondern in einer Sitzung, an der neben dem Chef auch diejenigen teilnehmen, die mit dieser Verbesserung zu arbeiten haben. Im kleinen Betrieb werden es vielleicht alle Mitarbeiter sein, im grossen die Leitung, die Werkmeister und die betreffenden Arbeiter.

Es gibt Chefs, die den Mitarbeitern sagen: «Ich habe nicht genug Einblick in die täglichen Dinge, an denen Ihr arbeitet, ich habe auch allein nicht genug Ideen zur Verbesserung, und deshalb bitte ich euch sehr, mich zu unterstützen, neue Wege zu finden, die Arbeit besser und schneller zu machen. Jeder ausführbare Gedanke wird belohnt. Ihr könnt mir gar nicht genug neue Ideen bringen, und ich werde mir diejenigen merken, die so ihr Interesse an ihrer Arbeit bekunden.» Entweder ist eine Idee gut, dann kann sie ausgeführt werden und wird dem Erfinder etwas einbringen, oder sie ist vielleicht nicht so leicht ausführbar, leitet aber zu anderen Gedanken über, die ausführbar sind.

Je grösser der Betrieb ist, desto schwieriger ist es mit diesen Verbesserungsvorschlägen, denn im Grossbetrieb müssen die Vorschläge so viel Hände passieren, dass davon nachher nichts mehr übrigbleibt, auch wenn irgendwelche Kleinigkeiten daraus verwendet werden, ohne dass man das besonders sagt. Man muss daher dort das *Vorschlagswesen so organisieren, dass nur ganz wenige fortschrittliche Menschen zunächst Einsicht bekommen, und dass auch dem Ausprobieren nicht allzuviel Schwierigkeiten entgegengesetzt werden können*. Im kleinen Betrieb ist wiederum darauf zu achten, dass kein Einsender etwa ausgelacht wird, wenn er einmal etwas wirklich Unausführbares vorschlägt. Man muss also sehen, dass auch aus einer unzureichenden Idee Brauchbares entwickelt werden kann, soweit das irgend möglich ist.

Es lohnt sich deshalb, auch im kleinsten Betrieb die Entwicklung neuer Ideen zu fördern und so zu gestalten, dass etwas wirklich Gutes dabei für beide Teile heraus-

kommt. Es handelt sich hier um *eines der wichtigsten Probleme überhaupt für jeden Betrieb*.

Man kann auch vereinbaren, dass die Ersparnisse, die aus Verbesserungsvorschlägen seitens der Arbeiterschaft resultieren, im ersten Jahr ausschliesslich der gesamten Arbeiterschaft als Lohnzuschläge zufließen. Dabei geht man von der Ansicht aus, dass der einzelne Arbeiter vielleicht selbst eine gute Idee hat, die er aber zusammen mit einem oder mehreren Mitarbeitern erst voll entwickeln muss, wobei jeder einzelne von ihnen die Idee dadurch ausführbar macht, dass er seine Erfahrungen dazugibt. Es handelt sich hier um eine Art Zuschläge, die aus vermehrter Produktion entstehen gegenüber dem Ergebnis zu Beginn der neuen Arbeitsmethoden.

«Der Organisator»

Arbeitsmarkt

Nachfrage

Genossenschaft im waadtländischen Jura sucht **1. Verkäuferin**, die bewandert ist in der Textil- und Schuhwarenbranche und befähigt, einem Spezialladen mit genannten Artikeln vorzustehen. Offerten sind sofort einzureichen mit Zeugniskopien an die Société coopérative de consommation, Le Sentier.

Wir suchen für unsere Filiale Tecknau tüchtige **Depohalterin**. Umsatz ca. 120 000 Franken. Eintritt 1. Oktober oder früher. Offerten mit Angabe der bisherigen Tätigkeit, sowie Beilage von Zeugniskopien sind an die Verwaltung des Konsumvereins Gelterkinden zu richten.

Gesucht zur Leitung unserer Lebensmittelabteilung (Umsatz ca. 450 000 Franken) tüchtige, branchenkundige **1. Verkäuferin oder Verkäufer**. Nur bestausgewiesene Kräfte kommen in Frage, die befähigt sind, einen solchen Posten selbständig zu versehen. Ausführliche Offerten mit Angaben über Gehaltsansprüche, frühesten Eintrittstermin, sowie mit Beilage von Zeugniskopien sind zu richten unter Chiffre K. I. 159 an die Kanzlei II. Departement V. S. K., Postfach, Basel 2.

Junger Bäcker mit Kenntnissen in der Konditoreibranche findet Anstellung. Eintritt per 1. September 1950. Anstellung gemäss Gesamtarbeitsvertrag. Bewerber wollen ihre Offerten begleitet mit Zeugniskopien und Photo einreichen an die Verwaltung des Konsumvereins Netstal (Glarus).

Angebot

Junger, solider, arbeitsfreudiger Mann sucht Dauerstelle als **Chauffeur Kal. A. D.** (gelernter Bäcker), zurzeit Aushilfschauffeur in der KG Langenthal. Gute Zeugnisse und Referenzen zur Verfügung. Offerten unter Chiffre F. H. 155 an die Kanzlei II. Departement V. S. K., Basel 2.

Tüchtiger **Bäcker-Konditor**, 30 Jahre alt, sucht Dauerstelle in Konsumbäckerei. Kanton Zürich bevorzugt. Gute Zeugnisse zu Diensten. Offerten unter Chiffre W. R. 159 an die Kanzlei II. Departement V. S. K., Basel 2.

INHALT:

	Seite
Zurück zu den Quellen	469
Direktor Johann Heuberger †	470
60 Jahre V. S. K.	471
So wurde die Schweiz «verzuckert»	477
100 Jahre Konsumgenossenschaften in Deutschland	478
Horosco-op der Woche	480
Die Seite der Ehemaligen	481
Auf Du und Du mit Ihren Waren: Vom Speicher zum Silo	482
Zum Thema Vorschlagswesen	484
Verbandsdirektion	484
Arbeitsmarkt	484